

Regierungen zapfen in Krise Staatsfonds an

Staatliche Investoren weiten Anlagen in Aktien und in China aus

maf. FRANKFURT. Staatsfonds wie der norwegische Ölfonds oder die Anlagevehikel aus Singapur und den arabischen Golfstaaten sorgen seit Jahren mit ihren Investitionen für Aufsehen an den Finanzmärkten. Doch in Krisenzeiten dienen sie ihren Regierungen auch zur Finanzierung. Das hat nach einer Studie der amerikanischen Kapitalanlagegesellschaft **Invesco** die Corona-Pandemie im vergangenen Jahr gezeigt. Um Ausgaben zu finanzieren oder Haushaltsdefizite auszugleichen, waren mehr als ein Drittel der staatlichen Investoren mit Mittelabrufen konfrontiert.

Dabei haben viele der Staatsfonds aus ihren Erfahrungen aus der großen Finanzkrise, die nach dem Zusammenbruch der US-Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 eskaliert war, geschöpft. Das gilt vor allem für die

Bedeutung hoher Liquiditätsreserven. Mit ihnen konnten die staatlichen Anlagegesellschaften die heimische Wirtschaft und große Unternehmen, die auf staatliche Unterstützung angewiesen waren, stabilisieren. Doch der **Invesco**-Umfrage unter 141 Entscheidern aus 82 Staatsfonds und 59 Zentralbanken zufolge galt das nicht für alle: Einige seien vom Ausmaß und der Geschwindigkeit des Mittelabzugs zu einem Umdenken bezüglich ihrer Anlagestrategien und ihres Liquiditätsrisikomanagements gezwungen gewesen. Dies habe zu einer Verschiebung in Richtung Barmittel geführt. Im Jahresverlauf 2020 hätten sich die Liquiditätsreserven der Portfolios mehr als verdoppelt. Das führt Invesco darauf zurück, dass sich einige Staatsinvestoren für weitere Mittelentnahmen wappnen wollten.

Der für diese Kundengruppe bei **Invesco** verantwortliche **Rod Ringrow** sieht ausreichende Liquiditätsreserven auch als Vorteil, um kurzfristig neue Marktchancen nutzen zu können. Gleichzeitig hat nach seinen Worten die Herausforderung, in einem extremen Niedrigzinsumfeld auskömmliche Renditen zu erzielen, grundlegende Auswirkungen auf die strategische Vermögensverteilung und die Wahrnehmung des Marktrisikos.

So sank im vergangenen Jahr der Anteil der Zinsanlagen wie zum Beispiel Anleihen in den Portfolios der befragten staatlichen Investoren, die insgesamt 19 Billionen Dollar verwalten, von 34 auf 30 Prozent. Dagegen wurde der Anteil von Bargeld auf 9 Prozent mehr als verdoppelt. Aktienanlagen stiegen gegenüber dem Jahr 2019 von 26 auf 28 Prozent. In den kommenden zwölf Monaten erwägen

30 Prozent der staatlichen Investoren eine Erhöhung der Aktienallokation.

Von den geopolitischen Spannungen zwischen China und den Vereinigten Staaten lassen sich die Staatsfonds nicht abhalten. Denn sie kehrten mit der nachlassenden Corona-Gefahr wieder in die Volksrepublik zurück. Dadurch sei der chinesische Markt für viele dieser Anlagevehikel attraktiver als vor der Pandemie. Das höhere Engagement dort ging auf Kosten von Europa, dem Nahen Osten und anderen Schwellenmärkten wie Lateinamerika und Afrika.

Die Pandemie habe das Thema Nachhaltigkeit noch stärker in den Fokus gerückt. Binnen vier Jahren sei der Anteil der Befragten, die eine Richtlinie dazu haben, unter den Staatsfonds von 46 auf 64 Prozent und unter den Zentralbanken von 11 auf 38 Prozent gestiegen.